

PROTOKOLL

Projekt: Sanierungsgebiet Südliche Friedrichstadt
9. Sanierungsbeiratssitzung in 2014

Besprechung: 27.11.2014, 18:00 - 20:30 Uhr, Friedrichstraße 1

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung: siehe Einladung

Verteiler: ständige Mitglieder des Sanierungsbeirates
Herr Panhoff
Herr Peckskamp
Frau Haverbeck
Herr Voges

Internet:www.sanierung-suedliche-friedrichstadt.de

Inhalt	Zuständig/ Termin
<p>1. Tagesordnung</p> <p>Aufgrund der zeitlich befristeten Anwesenheit von Bezirksstadtrat Panhoff im Sanierungsbeirat werden die Tagesordnungspunkte „TAZ-Neubau“ und „Pfad der Visionäre“ vorgezogen. Nach Behandlung dieser Tagesordnungspunkte nimmt Herr Panhoff aufgrund anderer Verpflichtungen nicht an der weiteren Beiratssitzung teil.</p>	
<p>2. TAZ-Neubau (Top3 alt)</p> <p>Von Stapl, Herrn Bracht, wird die Planungsgeschichte und der aktuelle planungsrechtliche Status des Grundstückes kurz dargelegt. Das Grundstück war bereits im Baunutzungsplan von 1961 als Baufläche (Kerngebiet) ausgewiesen. In nachfolgenden Bebauungsplänen war für das Grundstück zwischenzeitlich Verkehrsfläche festgesetzt (Straßenplanungen der 60er Jahre mit Verbreiterung der Friedrichstraße). In den Bebauungsplänen VI-150d 2a und b wurde es wieder als Kerngebiet festgesetzt (2006).</p> <p>Herr Ruch (Geschäftsführer TAZ) trägt kurz den Hergang und aktuellen Stand des TAZ-Bauvorhabens dar. Am Anfang des Grundstückserwerbs und der beabsichtigten Errichtung des Redaktionsgebäudes stand die Sorge der TAZ um steigende Mieten am bisherigen Standort Rudi-Dutschke-Straße und der Frage nach möglichen, finanzierbaren Ersatzflächen. Das Grundstück war das letzte, im Eigentum des Landes Berlin zu vergebende Grundstück im Umfeld des ehemaligen Blumengroßmarktes. Vor der Entscheidung zum Grundstückserwerb des wurden die Genossenschaftsmitglieder der TAZ mit dem Ergebnis eines positiven Votums befragt. Die Direktvergabe des Grundstückes durch das Land Berlin erfolgte mit der Auflage zur Durchführung eines Architekturwettbewerbes, der von Februar bis April 2014 stattfand. Der Siegerentwurf ist die Grundlage für die weiteren Planungen. Das Eigenkapital für die Finanzierung des Bauvorhabens wurde durch die freiwillige Aufstockung von Anteilen der Genossenschaftsmitglieder inzwischen gesichert</p>	

Inhalt	Zuständig/ Termin
<p>Von Gästen und von Mitgliedern des Sanierungsbeirates werden folgende Fragestellungen und Forderungen formuliert:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Es sei ethisch nicht vertretbar, als freies Presseorgan finanzielle Zuwendungen von der politischen Ebene entgegenzunehmen – Der geplante Cafébetrieb sei eine Konkurrenz zu örtlich ansässigen Betrieben – Durch das Vergabeverfahren sollten Vorteile für das Quartier durch das Vorhaben gesichert werden. Worin liegen diese, insbesondere hinsichtlich der Schaffung von Arbeitsplätzen. – Der vorhandene Baumbestand sollte geschützt, der Bau entsprechend angepasst werden – Die bisherige Bürgerbeteiligung sei mangelhaft, zum TAZ-Neubau sollte eine Podiumsdiskussion durchgeführt werden <p>Herr Ruch führt aus, dass Fördermittel aus dem Bund-/Länderprogramm „Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) in Anspruch genommen werden sollen, die jedes Wirtschaftsunternehmen erhalten kann, das die Fördervoraussetzungen erfüllt. Der Verdacht einer ggf. politisch motivierten, gezielten Bezuschussung der TAZ ergibt sich daher nicht. Von dem geplanten Cafébetrieb, der auch am jetzigen Standort der Zeitung existiert wird eine Belebung im Umfeld erwartet, der auch den ansässigen Gewerbetreibenden zu Gute kommen kann. Durch das Vorhaben werden zunächst keine neuen Arbeitsplätze geschaffen, denn es handelt sich um eine Verlagerung des Betriebes an den neuen Standort. Allerdings hat sich die TAZ im Vergabeverfahren verpflichtet, das derzeitige Arbeitsplatzangebot beizubehalten.</p> <p>Herr Ruch erklärt sich grundsätzlich bereit, an einer Podiumsdiskussion zum Thema TAZ-Neubau teilzunehmen.</p> <p>Von Bezirksstadtrat Herrn Panhoff wird zur Frage des Baumschutzes dargelegt, dass dieses im Bebauungsplanverfahren geprüft wurde. Im Zuge der Beteiligung Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan wurden keine diesbezüglichen Einwände formuliert, insbesondere nicht von Seiten des zuständigen Fachamtes, aber auch nicht von Bürgern bei der Bürgerbeteiligung. Mit dem Bebauungsplan besteht auf dem Grundstück schon seit mehreren Jahren Baurecht. Im Rahmen der Festlegungen des Planes und der sonstigen baurechtlichen Bestimmungen ist daher eine Baugenehmigung zu erteilen. Die Baugenehmigung impliziert auch eine Fällgenehmigung für die Bestandsbäume. Die Auflage zur Durchführung von Ersatzpflanzungen ist dabei obligatorisch. Hinsichtlich des Vorwurfes mangelnder Beteiligung ist auf die ordnungsgemäß durchgeführten Beteiligungsverfahren zum Bebauungsplan zu verweisen, die sowohl im Amtsblatt als auch in zwei Tageszeitungen öffentlich bekannt gemacht wurden. Im Hinblick auf den recourschonenden Umgang mit Boden und anderen Naturgütern ist es umweltpolitisch richtig, gut erschlossene innerstädtische Flächen mit einem angemessenen Verdichtungsgrad zu bebauen und dabei die umweltfreundliche öffentlichen Verkehrssysteme zu nutzen.</p> <p>Von Mitgliedern der Gebietsvertretung (GV) wird zum Vorwurf einer mangelnden Beteiligung darauf hingewiesen, dass die GV am Vergabeverfahren beteiligt war und diesbezügliche öffentliche Protokolle vorliegen. Das geplante Café wird von der GV befürwortet, weil es zur Transparenz und Öffnung der Nutzung gegenüber dem Umfeld beiträgt und Belebungsimpulse zu erwarten sind.</p> <p>Herr Langenbrinck (Moderator der Qualifizierungsworkshops zu den Baufeldern am Blumengroßmarkt) verweist darauf, dass das Vergabeverfahren und die in diesem</p>	

Inhalt	Zuständig/ Termin
<p>Rahmen seit 2008 stattfindenden Workshopverfahren ein beispielhafter Baustein der Beteiligung waren und sich grundsätzlich von den üblichen Vergabeverfahren unterscheiden.</p>	
<p>3. Pfad der Visionäre (Top 4 alt)</p> <p>Frau Haverbeck (Stapl) skizziert den Sachstand zum Projekt „Pfad der Visionäre“. Das Projekt war bereits Gegenstand der Vorbereitenden Untersuchungen zum Sanierungsgebiet und wurde in die Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFinÜ) aufgenommen. Durch den Sanierungsbeirat wurde im Rahmen eines Beschlusses eine finanzielle Förderung des Vorhabens befürwortet. Daraufhin wurde durch das Bezirksamt entschieden, eine Teilfinanzierung bis zu einer Höhe von 130.000 € zu übernehmen. Das Projekt soll erst nach Abschluss der Baumaßnahmen der BVG (Tunneldeckensanierung, voraussichtlich bis 2017) durchgeführt werden.</p> <p>Von Gästen der Beiratssitzung werden folgende Einwände zum Projekt formuliert:</p> <ul style="list-style-type: none">– Der ursprünglich realisierte, inzwischen teilweise beseitigte „Pfad“ war nicht praxistauglich und stellte aufgrund seiner Ausführung eine Gefahrenquelle im öffentlichen Raum dar (Rutschgefahr auf den im Gehweg eingebauten Platten, Zerstörungen durch Begehung/ Vandalismus)– Die Beschränkung auf Zitate von Persönlichkeiten aus EU-Ländern kann den behaupteten Beitrag zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Quartier nicht leisten (hoher Anteil an Bewohnern aus Staaten außerhalb der EU)– Die Vergabe öffentlicher Mittel für das Vorhaben ist angesichts anderer wichtiger Finanzierungsaufgaben (z.B. Spielplätze) nicht geboten– Aufgrund der Erfahrungen mit dem Projekt besteht die Gefahr einer „Endlosfinanzierung“, wenn wieder Folgeprobleme mit der baulichen Lösung auftreten– Gegen das Projekt wurde eine Unterschriftenaktion mit umfangreicher Beteiligung (Unterschriften) durchgeführt. <p>Herr Voges, Initiator des Projektes, nimmt hierzu wie folgt Stellung: Die Idee für das Projekt wurde aus dem Stadtraum des Mehringplatzes abgeleitet, dessen Geschichte positive und negative Aspekte der europäischen Geschichte widerspiegelt. Aufgrund des Einwandes der über die EU hinausgehenden Herkunftsländer der migrantischen Bewohner im Umfeld des Mehringplatzes wurde die Grundidee des Projektes um diesen sozialen Aspekt erweitert, so dass nun auch Tafeln weiterer Staaten z.B. wie Libyen, Ägypten und Türkei erstellt werden sollen.</p> <p>Die Probleme mit den ursprünglich in den Boden eingelassenen Tafeln sind bekannt und bedauerlich. Die Tafeln/ Gefahrenpunkte wurden daher inzwischen beseitigt. Die jetzt vorgesehenen Granitplatten mit eingelassener Edelstahlschrift werden „alltags-tauglich“ sein und keine Gefahrstellen im Gehwegbereich mehr darstellen.</p> <p>Frau Haverbeck mahnt an, dass man keine entweder/oder – Position zum Projekt beziehen sollte (Pfad kontra Spielplatzsanierung). Die KoFinÜ sieht auch erhebliche Mittel für Maßnahmen an Spielplätzen vor. Die Mittel für das Projekt sollen künftig nur auf Grundlage einer vertraglichen Vereinbarung verausgabt werden. In dieser werde klargestellt, dass eine Finanzierung durch den Bezirk über den bisher zugesagten Rahmen hinaus ausgeschlossen und der Projektbetreiber für den Betrieb-/bzw. die Instandhaltung herangezogen wird.</p> <p>Herr Singer (BSM) legt dar, dass die in der KoFinÜ eingestellten Mittel für vorgesehene Projekte bzw. die bereits in Vorbereitung befindlichen und laufenden Maßnahmen an</p>	

Inhalt	Zuständig/ Termin
<p>Infrastrukturstandorten (z.B. Kurt-Schuhmacher-Grundschule, Spielplätze im Bessel-park und Theodor-Wolff-Park sowie der Mehringplatz) insgesamt zweistellige Millionenbeträge ausmachen und dass der für den Pfad der Visionäre vorgesehene Finanzierungsbeitrag im Verhältnis nur einen kleinen Anteil hat. Er bestätigt, dass die „monolithische“ Bauweise der neuen Platten mit Natursteinvorsatz mit einer üblichen, großformatigen Gehwegplatte vergleichbar ist und keine hohen Wartungsaufwendungen erwarten lasse.</p>	
<p>4. Anmerkungen zum Protokoll der letzten Beiratssitzung und Nachfragen (Top 1 alt)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zu Punkt 4, energetisches Quartierskonzept Frau Herzberg bittet darum, dass die Themen „Warmmietenanstieg“ und „Einsatz alternativer Energielieferanten“ nochmals in einer der kommenden Sanierungsbeiratssitzungen erörtert wird. Frau Haverbeck sagt eine Prüfung durch das Stadtplanungsamt zu. • Zu Punkt 5, Planungsverfahren Mehringplatz Frau Herzberg bittet um folgende Ergänzungen: <ul style="list-style-type: none"> – (Absatz 2): Das Bezirksamt strebt an, dass das Büro OKRA aus dem Workshopverfahren als fester Teilnehmer des landschaftsplanerischen Wettbewerbsverfahrens gesetzt wird. (Anm.: Protokollführung: Das Büro OKRA hat inzwischen für (s)einen Sitz in der Jury votiert). – (letzter Absatz): Einzelne Gebietsvertreter regen an, neben der bisher geplanten Fragebogenaktion auch weitere Beteiligungsverfahren einzusetzen <p><i>Anmerkung Protokollführung: Das Protokoll der Sitzung vom 29.10.2014 gilt mit den vorstehend formulierten Ergänzungen.</i></p>	
<p>5. Sonstiges</p> <p>Die GV bittet darum, den von Ihr gewünschten Tagesordnungspunkt „Selbstverständnis des Sanierungsbeirats“ zu verschieben und, da sie das Thema ausführlich und im Beisein des Stadtrates erörtern wollte.</p> <p>5.1 Raumanmietung für Gebietsvertretung</p> <p>Die BSM hatte vom Stadtplanungsamt den Auftrag, Raumalternativen für die Zwecke der Gebietsvertretung, des Sanierungsbeirates und ggf. der Beauftragten zu finden. Gemäß Recherche Herrn Singers könnten die Ladenräume Mehringplatz 11 mit angemietet werden, die derzeit noch von der KMA für Ausstellungen und Kunstprojekte genutzt werden. Für die KMA steht derzeit die Frage einer Verlängerung des Mietvertrages im Rahmen eines Optionsrechtes an. Eine Weiterführung des Mietverhältnisses schien für die KMA nur möglich, wenn ein weiterer Nutzer sich in Kooperation an der Finanzierung beteiligt (gemeinsame Nutzung).</p> <p>Stapl, Frau Haverbeck, befürwortet eine stärkere Präsenz der Gebietsvertretung nach außen, die sich bei Nutzung eines Ladenlokals gut realisieren ließe. Jedoch sei dies auch bei Nutzung der Bauhütte gut möglich. Seitens des Bezirksamtes besteht die</p>	

Inhalt	Zuständig/ Termin
<p>grundsätzliche Bereitschaft, die Anmietung eines Ladenlokals zu finanzieren; dies sollte jedoch abhängig gemacht werden von der Realisierung der Bauhütte.</p> <p>Von der Mehrzahl der Gebietsvertretung wird signalisiert, eine Beteiligung/ Nutzung von Räumlichkeiten im Rahmen des Projektes „Bauhütte“ zu favorisieren, die Nutzung eines Ladenlokals jedoch auch nicht ausgeschlossen. Eine Entscheidung ist derzeit jedoch nicht möglich, weil das Projekt Bauhütte bisher nicht hinreichend konkretisiert ist. Einzelne GV-Mitglieder votieren daher, lieber eine Lösung in gesonderten Mieträumen anzustreben.</p> <p>Frau Piewek gibt zu Bedenken, dass KMA seit kurzem eine andere Mitnutzungslösung mit gewobag erörtere, bei der die Globale e.V. die Räume tauscht und damit die Gewobag-Räume Mehringplatz 11 nicht mehr zur Verfügung stünden.</p> <p>Frau Schroth (als neue Vertreterin für das PxB- Projekt Bauhütte) erwartet eine Realisierung des Projektes ab Frühjahr 2015. Eine Beteiligung der GV würde ausdrücklich begrüßt. In Kürze will die Projektgruppe einen konkretisierenden Workshop mit den Initiatoren und PxB durchführen.</p> <p>Die Thematik Raumanmietung „kontra“ Bauhüttenbeteiligung soll in der Januar-Sitzung des Sanierungsbeirates nochmals erörtert werden, sofern die Räumlichkeiten Mehringplatz 11 dann überhaupt noch zur Verfügung stehen</p>	<p>Stapl/ TO Januar</p>
<p>5.2 Rattenproblematik</p> <p>Frau Piewek berichtet vom Termin am 4.11.14 mit der Gewobag und dem Gesundheitsamt zur Rattenproblematik.</p> <p>Durch das Gesundheitsamt wurde auf die Baumaßnahmen der BVG und unterirdische Ruinen mit entsprechenden Nistmöglichkeiten hingewiesen, die die wahrzunehmende Rattenproblematik mit verursachen. Hinzu kommt die Nähe des Landwehrkanals mit seinen Uferzonen. Das Gesundheitsamt hat eine „Notrufnummer“ eingerichtet, geht den dort eingehenden Hinweisen nach und beauftragt bei entsprechender Notwendigkeit ein Unternehmen mit der Schädlingsbekämpfung. Die Gewobag unternimmt parallel Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung. Zwischen Gewobag und Gesundheitsamt wurde eine wechselseitige Kontaktaufnahme vereinbart, um die Maßnahmen zur Schädlingsbekämpfung zu koordinieren. Weiterhin plant die Gewobag Aufklärungsmaßnahmen für die Bewohner (z.B. Hinweisschilder bezügl. Taubenfütterung, ggf. auch als Piktogramme).</p> <p>5.3 Theodor-Wolff-Park</p> <p>BSM berichtet, dass die Maßnahmen im Theodor-Wolff-Park als Ersatz für den um ein Jahr nach hinten verschobenen Mehringplatz vorgezogen werden sollen. Die Parkanlage ist zwischenzeitlich unter Denkmalschutz gestellt worden. Aus diesem Grund ist keine grundsätzliche Neugestaltung, sondern eine denkmalgerechte Revitalisierung des Parks und eine Sanierung und Erweiterung des vorhandenen Spielplatzes vorgesehen.</p> <p>Im Vorfeld der vorgesehenen Bürgerbeteiligung wäre kurzfristig die Formulierung von</p>	

